

# Österreich

Katrin Auel/Johannes Pollak

Österreichs Politik wurde im vergangenen Jahr durch die Nationalratswahl im September 2019 und die Covid-19-Pandemie nachhaltig verändert. Waren die Wahlen und der fulminante Wahlsieg von Sebastian Kurz normale demokratische Prozesse, so bescherte die Gesundheitskrise ausgelöst durch die Covid-19-Pandemie dem Land Rekordarbeitslosigkeit, Verunsicherung und die Rückkehr zu einer neuen Qualität der Europaskepsis der politischen Elite. Allerdings wäre es nicht Österreich, wenn nicht auch die interimistische Beamtenregierung unter der Führung der ersten Bundeskanzlerin Brigitte Bierlein (3. Juni 2019 bis 7. Januar 2020) und die Nationalratswahlen als existenzielle Krise interpretiert worden wäre. In dieser Zeit kam entgegen aller Gewohnheiten österreichischer Politik dem Bundespräsidenten eine aktive Rolle zu. So betonte er am 27. Mai 2019 – der Tag, an dem das Parlament der Regierung Kurz das Misstrauen aussprach – die Robustheit der Bundesverfassung, die auch für den Fall der Abwahl einer Regierung die notwendigen Prozesse hinreichend definiere. Dem gingen Reden zum politischen und charakterlichen Selbstverständnis voraus und Appelle zum Vertrauen in die Expertenregierung folgten.<sup>1</sup> Der weitgehende Stillstand des Landes aufgrund der Covid-19-Pandemie von März bis Mai 2020 veränderte die politische Dynamik erheblich.

## Innen- und Wirtschaftspolitik

Ohne Zweifel löste der sogenannte Ibiza-Skandal vom 17. Mai 2019 ein Erdbeben in der politischen Landschaft Österreichs aus. Während die zunehmende Anzahl der rechtsextremen Äußerungen und Vorfälle aus den Reihen der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) während der Regierungskoalition der neuen Österreichischen Volkspartei (ÖVP) wenig Kopfzerbrechen machte, ließ Kanzler Kurz am Abend des 18. Mai 2020 wissen, die „FPÖ kann es nicht“ und „Genug ist genug“.<sup>2</sup> Kurz versuchte bis zum 27. Mai 2020 die durch den Auszug der FPÖ vakant gewordenen Ministerposten mit Experten zu besetzen, die die Amtsgeschäfte bis zu den Neuwahlen führen sollte. Das Parlament sprach jedoch am 27. Mai 2019 der Regierung das Misstrauen aus, lediglich die liberalen NEOS (Das neue Österreich und liberales Forum) und die ÖVP stimmten gegen den von der Sozialdemokratischen Partei Österreichs (SPÖ) eingebrachten Antrag. Für die Republik Österreich eine Premiere. Erstaunlicherweise sah Kurz seinen Platz nun nicht im Parlament, sondern tourte stattdessen zur fürsorglichen Pflege seines Elektorats durch die Lande.

Bis zum 3. Juni 2019 wurde eine einstweilige Bundesregierung unter Minister Hartwig Löger (ÖVP) gemäß Art. 71 Bundes-Verfassungsgesetz mit der Fortführung der

- 
- 1 Vgl. beispielsweise Bundespräsident Alexander Van der Bellen: Alexander Van der Bellen eröffnete die Tiroler Festspiele Erl mit einer Rede zu den politischen Ereignissen der jüngsten Vergangenheit, 4.7.2019, abrufbar unter: <https://www.bundespraesident.at/aktuelles/detail/eroeffnung-der-tiroler-festspiele-erl> (letzter Zugriff: 10.8.2020); Bundespräsident Alexander Van der Bellen: Rede von Bundespräsident Alexander Van der Bellen anlässlich der Eröffnung der 74. Bregenzer Festspiele, 17.7.2019, abrufbar unter: <https://www.bundespraesident.at/aktuelles/detail/eroeffnung-der-bregenzer-festspiele-2019-von-dienstag-16-donnerstag-18-juli-2019> (letzter Zugriff: 10.8.2020).
  - 2 Frankfurter Allgemeine Zeitung: „Genug ist genug“, 18.5.2019.

Verwaltung beauftragt. Die nun folgende Beamtenregierung unter der Leitung der ehemaligen Präsidentin des Verfassungsgerichtes Bierlein verstand sich von Anfang an als eine „geschäftsführende Bundesregierung, die im Sinne der Bevölkerung die notwendigen Amtsgeschäfte weiterführt“<sup>3</sup>. Dies wurde mit wenig Aufregung und Phantasie bis zur Konstituierung der neuen Regierung im Januar 2020 auch geleistet. Das mangelnde politische Drama wurde nach einer kurzen Phase des Lobs für den nüchternen Politikstil<sup>4</sup> jedoch zum Thema.<sup>5</sup>

Die 27. Nationalratswahl fand am 29. September 2019 statt. Wenig überraschend wurden ÖVP und Kurz mit 37,5 Prozent der abgegebenen Stimmen Wahlsieger. Unter Pamela Rendi-Wagner fuhr die SPÖ mit 21,2 Prozent das historisch schlechteste Ergebnis ein, während die FPÖ unter dem neuen, unbedarf<sup>6</sup> wirkenden Parteiobmann Norbert Hofer mit 16,2 Prozent fast 10 Prozentpunkte gegenüber 2017 einbüßte. Neben der ÖVP profitierten vor allem die Grünen (13,9 Prozent), die wieder in den Nationalrat einzogen und die NEOS (8,1 Prozent) von der Krise. Die Wahlbeteiligung sank auf den zweitniedrigsten Wert (75,6 Prozent) in der Zweiten Republik. Die konstituierende Sitzung der XXVII. Gesetzgebungsperiode fand am 23. Oktober 2019 statt.

Die Verhandlungen zur Regierungsbildung verliefen zügig. Nach einer Pflichtrunde mit allen vier im Parlament vertretenen Parteien nahm Kurz mit den Grünen unter dem Vorsitz von Werner Kogler im November 2019 Gespräche zur Bildung einer türkis-grünen Regierung auf. Angesichts der ideologischen und konzeptionellen Unterschiede zwischen den beiden Parteien überraschte die am 1. Januar 2020 bekanntgegebene Einigung. Sechs Tage später wurde die Bundesregierung Kurz II angelobt. Eine Zusammenarbeit mit der grünen Partei gab es bereits auf Landesebene, auf Bundesebene war dies jedoch eine Premiere. Das verhandelte Regierungsprogramm<sup>7</sup> weicht vom langbewährten Grundsatz, dass vage Ankündigungen erst noch der Ausarbeitung harren, nicht ab. Grosso modo ist die Handschrift des größeren Koalitionspartners deutlich zu sehen. Einen ersten Hinweis, inwiefern die Regierungsbeteiligung den Grünen nutzt oder schadet, werden die Landtags- und Gemeinderatswahlen in Wien im Herbst 2020 zeigen. Zentrale Themen des Programms sind die Stärkung der Wirtschaft, Erhöhung der Sicherheit, Steuersenkungen, Verwaltungsreform und Ökologisierung. Im Kapitel zu Europa und Außenpolitik ist ein Bekenntnis zur Weiterentwicklung der Europäischen Union (EU) im Sinne der Subsidiarität und der Schutz der Außengrenzen aufgeführt. Die europapolitischen Agenden übersiedelten vom Außenministerium zum Kanzleramt unter der Leitung der Kanzleramtsministerin für EU und Verfassung.

Der erwarteten inhaltlichen Ausgestaltung des Regierungsprogramms machte jedoch die Gesundheitskrise ausgelöst durch die Covid-19-Pandemie einen Strich durch die Rechnung. Ab 16. März 2020 wurde das öffentliche Leben Österreichs auf ein Minimum heruntergefahren. Bundeskanzler Kurz kündigte bereits in der zweiten Woche der Krise ein erstes Hilfspaket an und erklärte, die katastrophalen wirtschaftlichen Folgen zu

---

3 Peter Mayr/Karin Riss: Zwischenbilanz der Regierung Bierlein: Die Österreich-Verwalter, in: Der Standard, 2.10.2019.

4 Peter Münch: Heilsame Sachlichkeit, in: Süddeutsche Zeitung, 27.12.2019.

5 Die Presse: Was hat die Übergangsregierung richtig gemacht, was falsch?, 8.11.2019.

6 OE24.tv: Ibiza-Skandal: Pressekonferenz von Hofer & Kickl, 20.5.2019, abrufbar unter: <https://www.youtube.com/watch?v=skB-YgWuTss> (letzter Zugriff: 10.8.2020).

7 Die Neue Volkspartei/Die Grünen – Die Grüne Alternative: Aus Verantwortung für Österreich. Regierungsprogramm 2020–2024, abrufbar unter: [https://www.dieneuevolkspartei.at/Download/Regierungsprogramm\\_2020.pdf](https://www.dieneuevolkspartei.at/Download/Regierungsprogramm_2020.pdf) (letzter Zugriff: 10.8.2020).

bekämpfen „koste es, was es wolle“<sup>8</sup>. Was folgte waren Ankündigungen zur Unterstützung von Arbeitnehmern und -gebern. Von Kurzarbeit zu Härtefallfonds für Freiberufler, von massiven Investitionen in die Digitalisierung bis zur Erhöhung des Arbeitslosengeldes wurden alle Register wirtschaftspolitischer Steuerung gezogen. Naturgemäß zogen alle Maßnahmen Beifall und Ablehnung nach sich, eine endgültige Bewertung ist erst für die kommenden Jahre zu erwarten. Jedenfalls hat Österreich mit Stand Mai 2020 eine Arbeitslosenquote (nach nationaler Definition) von 11,2 Prozent. Der Höhepunkt wurde allerdings im März mit 562.522 arbeitslosen Personen bereits erreicht. Dies bedeutet einen Anstieg gegenüber dem Vorjahr von 52,2 Prozent. Insbesondere betroffen sind die Bereiche Beherbergung/Gastronomie, Bau, Verkehr, Handel, Herstellung von Waren, Arbeitskräfteüberlassung, Gesundheits- und Sozialwesen.<sup>9</sup>

Die wirtschaftliche Entwicklung des Landes nahm bis zum Ausbruch der Pandemie eine stabile Entwicklung:

„In Österreich stieg das BIP [Bruttoinlandsprodukt, Anmerkung der Redaktion] im IV. Quartal 2019 um 0,3 %. Das Exportwachstum verlangsamte sich, und die Ausrüstungsinvestitionen gingen zurück. Die Konsumausgaben der privaten Haushalte wurden hingegen neuerlich merklich ausgeweitet.“<sup>10</sup>

Vom führenden Wirtschaftsforschungsinstitut wird ein scharfer, aber wohl kurzer Einbruch der Konjunktur infolge der Pandemie erwartet.<sup>11</sup> Die weitere Entwicklung ist klarerweise vom Erfolg der Eindämmungsmaßnahmen und etwaigen weiteren Wellen abhängig. Nach durchaus erfolgreichen Maßnahmen zur Virusbekämpfung, die auch international Beachtung fanden<sup>12</sup>, war die Popularität der Regierung auf einem Höhepunkt. Innerparteiliche Divergenzen schienen vergessen, nationalistische Töne wurden hörbar, auf unangekündigte Grenzschießungen durch Deutschland und vor allem Exportstopps klinischer Ausrüstung wurde sehr kritisch reagiert.

Mit großer Spannung wurde in dieser außergewöhnlichen Situation der Budgetvorschlag der türkis-grünen Regierung erwartet. Der Präsentation des Budgets durch den neuen Finanzminister der ÖVP Gernot Blümel Ende Mai 2020 waren monatelange Quereilen vorausgegangen, da er sich weigerte, einen aktuellen Budgetentwurf vorzustellen, der die pandemiebedingten wirtschaftlichen Einbrüche ebenfalls abbilden würde. Weder die zu erwartenden Einnahmen noch die geplanten Ausgaben können nach einem wochenlangen und weltweiten Stillstand der Wirtschaft noch stimmen, war das Argument. Umso überraschender war, als eben dieses Budget den Abgeordneten vorgelegt wurde.<sup>13</sup> In der Nacht vor der Abstimmung verbesserte Blümel mit einem Abänderungsantrag<sup>14</sup> nach, da ansonsten die Frage der verfassungsgemäßen Vorlage im Raum gestanden hätte.<sup>15</sup>

8 Andreas Schnauder: Regierung wirft 38 Milliarden Euro in die Schlacht gegen Corona, in: Der Standard, 18.3.2020.

9 Die Presse: Historischer Rekord: 562.522 Arbeitslose in Österreich, 1.4.2020.

10 Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung: Konjunkturindikatoren zeigen bislang kaum Auswirkungen der Coronavirus-Epidemie, 9.3.2020, abrufbar unter: [https://www.wifo.ac.at/jart/prj3/wifo/resources/person\\_dokument/person\\_dokument.jart?publikationsid=65802&mime\\_type=application/pdf](https://www.wifo.ac.at/jart/prj3/wifo/resources/person_dokument/person_dokument.jart?publikationsid=65802&mime_type=application/pdf) (letzter Zugriff: 10.8.2020).

11 Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung: WIFO-Konjunkturszenario: Scharfer, aber im besten Fall kurzer Einbruch der Konjunktur infolge der Coronavirus-Pandemie, 25.3.2020, abrufbar unter: [https://www.wifo.ac.at/jart/prj3/wifo/resources/person\\_dokument/person\\_dokument.jart?publikationsid=65840&mime\\_type=application/pdf](https://www.wifo.ac.at/jart/prj3/wifo/resources/person_dokument/person_dokument.jart?publikationsid=65840&mime_type=application/pdf) (letzter Zugriff: 10.8.2020).

12 Kritische Töne zur Handhabung der Krise in den Tiroler Schigebieten nicht eingeschlossen.

13 Der Standard: Opposition empört über „Mistkübelbudget“ des Finanzministers, 22.5.2020.

14 Der Standard: Regierung legte kurz vor Mitternacht Abänderungsantrag zum Budget vor, 28.5.2020.

15 Nina Weissensteiner: SPÖ will Salat rund um Blümel's Budget verhindern, in: Der Standard, 27.5.2020.

Beschlossen werden sollte also ein Papier, das nicht diskutiert werden konnte. Mittels einer rechtlich zweifelhaften Überschreitungsermächtigung wollten die Regierungsfractionen die Überziehung des Ausgabenrahmens um 28 Mrd. Euro genehmigen und damit der eingehenden Kontrolle des Parlaments entziehen. Für Reaktionen von Heiterkeit bis Fassungslosigkeit sorgte der Umstand, dass man im neuen Budget eine Auszahlungsobergrenze von 102.839 Euro festgelegt hatte – anstatt jener 102 Mrd. Euro, die eigentlich gedacht waren, da der Zusatz „in Millionen Euro“ in einem Abänderungsantrag vergessen wurde.<sup>16</sup> Das Vertrauen in die Kompetenz einzelner Regierungsmitglieder wurde damit nicht gestärkt.

## Europapolitik

2020 feierte Österreich 25 Jahre Mitgliedschaft in der EU. In der Europapolitik spielte Österreich in der zweiten Hälfte des Jahres 2019 aufgrund der interimistischen Regierung unter Kanzlerin Bierlein allerdings eine eher zurückhaltende Rolle, auch hier galt das Credo „gut verwalten, nicht gestalten“. Hinsichtlich der Nominierungen für die Spitzenpositionen auf EU-Ebene war Bierlein „ergebnisoffen“<sup>17</sup>, bei der Nominierung für das österreichische Mitglied der Europäischen Kommission suchte die parteilose Kanzlerin den überparteilichen Konsens. Letzterem müssen in Österreich sowohl der Ministerrat als auch der Hauptausschuss des Parlaments zustimmen. Nachdem noch im Mai 2019, kurz vor der Europawahl und der Regierungskrise, die derzeitige Europaministerin Karoline Edtstadler als Favoritin von Sebastian Kurz gehandelt wurde<sup>18</sup>, nominierte Bierlein schließlich den langjährigen Kommissar Johannes Hahn für eine dritte Amtszeit. Die Kandidatur wurde von allen Parteien unterstützt, auch wenn SPÖ und NEOS kritisierten, dass keine Frau nominiert wurde.<sup>19</sup> Hahn wurde als Kommissar für den Bereich Haushalt und Personal bestätigt. Nicht unbedingt im Gleichklang mit den europapolitischen Vorstellungen des Kanzlers machte Hahn bereits im Vorfeld deutlich, dass er für eine Ausweitung der EU-Eigenmittel und eine Erhöhung des derzeitigen Budgetrahmens eintreten werde.<sup>20</sup>

Im neuen Regierungsprogramm finden sich im Kapitel zu Österreich in Europa<sup>21</sup> neben dem grundsätzlichen Bekenntnis zu einer starken Europäischen Union viele der bekannten Forderungen von Kurz und der ÖVP wieder, unter anderem nach einer Fokussierung auf große Leuchtturmprojekte, dem konsequenten Einsatz des Subsidiaritätsprinzips und der Konzentration auf Fragen mit klarem „europäischen Mehrwert“, die einhergehen mit Forderungen nach Bürokratieabbau und einer Verschlankung der EU-Institutionen. Gleichzeitig befürwortet die neue Regierung auch weiterhin eine klare Beitrittsperspektive für die Staaten im Westlichen Balkan und spricht sich für die Sanktionierung von „Budgetsündern“ und Verstößen gegen das Rechtsstaatslichkeitsprinzip aus. Die eher zarte Handschrift des grünen Koalitionspartners wird in den Forderungen nach

---

16 Theo Anders: Budgetblamage im Nationalrat wegen fehlender „Millionen“, in: Der Standard, 28.5.2020; Norbert Rief: Der Nationalrat und seine Nullen, in: Die Presse, 29.5.2020.

17 Herbert Vytiska: Bierlein beim Konsens des EU-Rates außen vor, in: Euractiv, 28.6.2019.

18 Daniela Kittner: Konkurrenz für Kickl: Edtstadler bald EU-Chefin für Sicherheit?, in: Kurier, 10.5.2019.

19 Die Presse: Bierlein schlägt Hahn als EU-Kommissar vor, 11.7.2019; Der Standard: Regierung nominiert Johannes Hahn am Donnerstag zum EU-Kommissar, 12.7.2019.

20 Thomas Mayer: Hahn wird als EU-Kommissar bestätigt, Abreibung für Macrons Kandidatin, in: Der Standard, 3.10.2019; Eszter Zalan: Hahn hopes to wrap up EU budget talks this winter, in: euobserver, 4.10.2019. Vgl. hierzu auch den Beitrag „Haushaltspolitik“ in diesem Jahrbuch.

21 Die Neue Volkspartei/Die Grünen – Die Grüne Alternative: Regierungsprogramm 2020–2024, S. 170 ff.

einer stärkeren Klimapolitik auf europäischer Ebene deutlich.<sup>22</sup> Hier tritt die neue Regierung auch für „die ausreichende Finanzierung von Maßnahmen gegen die Klimakrise im EU-Budgetrahmen bis 2027“ ein. Gleichzeitig hält die Regierung Kurz II an ihrer Position zum EU-Budget fest. Die Forderung nach einem Einfrieren des Budgetrahmens auf 1 Prozent der jährlichen EU-Wirtschaftsleistung wurde im Konzert der sogenannten „Sparsamen Vier“ („frugal four“) im Vorfeld des Treffens des Europäischen Rats am 20. Februar 2020 veröffentlicht.<sup>23</sup> Weitere Positionen waren die Beibehaltung des – oder zumindest eines – Rabattsystems für die Nettoeinzahler in den mehrjährigen Finanzrahmen und die Verwendung von einem Viertel der Ausgaben für klimarelevante Politik.

Mit der Ausbreitung der Covid-19-Pandemie in Europa und den ab Mitte März 2020 in Österreich eingesetzten weitreichenden Beschränkungen zur Eindämmung der Pandemie verschwanden EU-Themen, wie überall in Europa, zumindest kurzfristig aus dem öffentlichen und veröffentlichten Diskurs. Die Regierung Kurz unterstützte die zeitlich begrenzte Schließung der EU-Außengrenzen, hielt aber, entgegen den Vorschlägen der Europäischen Kommission, an den eigenen Grenzkontrollen und einem weitgehenden Einreiseverbot fest.<sup>24</sup> Schlagzeilen machte ein Interview<sup>25</sup>, in dem der Kanzler auf die Frage nach den möglichen Auswirkungen des „Versagens der EU“ im Zuge der Pandemie geantwortet hatte, die EU werde sich „nach der Krise eine kritische Diskussion und Auseinandersetzung damit gefallen lassen müssen.“ Brisant wurden die Aussagen, als nur wenige Tage später bekannt wurde, dass die Europäische Kommission den Mitgliedstaaten bereits Ende Januar 2020 Unterstützung bei der Beschaffung von medizinischer Ausrüstung angeboten hatte, diese aber von den Mitgliedstaaten höflich abgelehnt worden war.<sup>26</sup>

In der Auseinandersetzung um die Finanzierung des europäischen Hilfsprogramms lehnte die Regierung, und hier vor allem die ÖVP, die Einführung sogenannter „Coronabonds“, das heißt eine Schuldenvergemeinschaftung, ab. „Wir wollen nicht, dass Österreich für die Schulden anderer Länder haftet“, so Kurz plakativ, Österreich wolle aber den von der Pandemie am stärksten betroffenen Ländern „solidarisch und europäisch helfen“.<sup>27</sup> Die Grünen hingegen sahen in den Bonds „eine Möglichkeit für eine solidarische Lösung“, wollten sich angesichts „möglicher anderer Antworten“ aber nicht festlegen – und konnten sich schließlich nicht durchsetzen. Der Initiative des französischen Präsidenten Emmanuel Macron und der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel zu einem über den EU-Haushalt finanzierten, 500 Mrd. Euro schweren Wiederaufbaufonds setzte Österreich als Mitglied der „frugal four“ den Vorschlag eines kreditfinanzierten Notfallfonds entgegen.<sup>28</sup> Hinsichtlich des Vorschlags der Europäischen Kommission waren aus der Regierung zuletzt eher mehrdeutige Aussagen zu vernehmen. Während Kurz Kompromissbereitschaft andeutete<sup>29</sup>, vertrat Finanzminister Blümel eine harte Linie: Österreich werde dem Paket nicht zustimmen, weil die vorgestellten Pläne zu Budgetrahmen und Wiederaufbau zusammengenommen „fast zwei Prozent der Wirtschaftsleistung als Beitrag bedeuten, fast doppelt so viel wie in der Vergangenheit, und das ist für uns inakzeptabel.“

22 Die Neue Volkspartei/Die Grünen – Die Grüne Alternative: Regierungsprogramm 2020–2024, S. 102 ff.

23 Sebastian Kurz/Mark Rutte/Mette Frederiksen/Stefan Lofven: The ‘frugal four’ advocate a responsible EU budget, in: *Financial Times*, 16.2.2020.

24 Österreichischer Rundfunk: EU schließt Außengrenzen für 30 Tage, 17.3.2020.

25 Edda Graf: Krisenmanager Kurz: „Es war ein Kraftakt“, in: *Kronen Zeitung*, 29.3.2020.

26 Thomas Mayer: Sitzungsprotokolle: Regierungen lehnten EU-Hilfe ab, in: *Der Standard*, 2.4.2020.

27 *Kurier*: Streit über Coronabonds: 16 Stunden verhandelt, keine Einigung, 8.4.2020.

28 Vgl. hierzu auch den Beitrag „Die Niederlande“ in diesem Jahrbuch.

29 Die Presse: Kurz zu EU-Coronahilfen: „Zeitliche Befristung der wichtigste Punkt“, 23.5.2020.

Dass diese Rechnung eines Milchmädchens nicht würdig ist, wurde vom Finanzminister geflissentlich ignoriert.<sup>30</sup> Auch die Europaministerin Edtstadler machte deutlich, dass die Regierung Schritte in Richtung Fiskalunion nicht mittrage. Sie lehne die Vorschläge der Europäischen Kommission zwar nicht grundsätzlich ab, es müsse aber geklärt werden, „wofür genau das Geld verwendet wird. [...] Budgetlöcher zu stopfen wäre zu wenig“<sup>31</sup>.

### **Fazit**

Mit der Einrichtung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses zur sogenannten Ibiza-Affäre wurde ein in Österreich erprobtes und weitgehend zahnloses, daher beliebtes Instrument zur Aufarbeitung des skandalösen Verhaltens der FPÖ-Parteispitze installiert. Die im Oktober 2020 anstehenden Landtags- und Gemeinderatswahlen in Wien entbehren aufgrund des Antretens von Heinz-Christian Strache mit eigener Liste nicht einer gewissen Ironie, gab er doch selbst im Oktober 2019 seinen kompletten Rückzug aus der Politik bekannt. Erstaunlich ist der Umstand, dass es der ÖVP gelungen ist, ein Deutungsmonopol für fast alle Felder des politischen und gesellschaftlichen Lebens zu gewinnen und dabei auch vielfach den Koalitionspartner zu übertönen. Die SPÖ konnte aus der durch den Ibiza-Skandal verursachten Krise kein politisches Kapital schlagen, zu sehr war man mit der Demontage der Vorsitzenden beschäftigt. Die FPÖ versucht zwar durch schrille Töne aufzufallen, ist unter ihrem Vorsitzenden Hofer aber in der Bedeutungslosigkeit versunken. Die liberalen NEOS versuchen zwar die müde Opposition anzuführen, sind aber mit 8,3 Prozent nicht genug mobilisierungsfähig. Europapolitisch hat sich die einstige Europapartei ÖVP unter der Leitung von Sebastian Kurz vor allem durch ein mangelndes Verständnis für die Notwendigkeit einer tiefgreifenden europäischen Kraftanstrengung zur Bewältigung der Folgen der Pandemie hervorgetan. So ist ein weiteres Jahr vergangen, in dem es Österreich versäumt hat, durch eine progressive und proaktive Europapolitik an europäischem Format zu gewinnen.

### **Weiterführende Literatur**

Michael Gehler: *From Saint Germain to Lisbon. Austria's Long Road from Disintegrated to United Europe 1919-2009*, Wien 2020.

---

30 Thomas Mayer: Wie Finanzminister Blümel bei Österreichs EU-Beitrag tarnt und täuscht, in: *Der Standard*, 3.6.2020.

31 Thomas Mayer: Edtstadler will mit Bürgergesprächen „EU-Reform“ einläuten, in: *Der Standard*, 8.6.2020.